

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ MEHR SOZIALE SICHERHEIT, MEHR SERVICE PUBLIC, MEHR SOLIDARITÄT !

Sozial- und gesundheitspolitische Erkenntnisse
aus der Corona-Pandemie

(verabschiedet am ausserordentlichen Parteitag am
28. August 2021 in St. Gallen)



INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
Analyse	4
1. Die Pandemie verschärft die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Ungleichheiten	4
a. Die Verletzlichsten sind gesundheitlich am stärksten betroffen	4
b. Die verletzlichsten Personen sind am stärksten von Einkommensverlust betroffen	5
c. Die psychische Verwundbarkeit	6
d. Zunahme der Chancenungleichheit	7
e. Zunehmende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen	7
2. Care-Arbeit ist und bleibt unverzichtbar	7
a. Das Gesundheitspersonal gibt alles für die Gesundheit von uns allen	8
b. Die Bedeutung des Pflegenetzwerks und der Gesundheitsberufe	8
c. Kinderbetreuung und Unterstützung durch Angehörige	9
3. Die Macht der Konzerne erschwert es massiv, die Krise zu meistern	9
a. Die Pharmaindustrie maximiert ihre Profite auf Kosten der Gesundheit von uns allen	9
b. Arme Länder und ihre Bevölkerungen bleiben auf der Strecke	10
c. Die digitale Wirtschaft und ihre Profite auf dem Buckel der Arbeiter:innen	11
d. Immobilienkonzerne als grosse Krisengewinner	11
Unsere Antworten	12
1. Mehr soziale Sicherheit	12
2. Mehr Service Public - die Logik der Profitmaximierung durchbrechen	13
3. Mehr Solidarität: Die Macht der Konzerne brechen	16

EINLEITUNG

Die Corona-Pandemie macht betroffen, in erster Linie wegen ihrer Bilanz mit Millionen von Kranken und Todesopfern. Auch ihre Dauer ist einzigartig; sie hat unsere Gesellschaften in verschiedener Hinsicht und mit voller Wucht nachhaltig erschüttert.

Erstens wirkt die Corona-Krise wie ein Brennglas auf bereits bestehende Ungleichheiten, sowohl in der Schweiz wie auch weltweit. Gemäss dem Bericht der NGO Oxfam vom Januar 2021 dauerte es nur 9 Monate, bis das Vermögen der 1000 reichsten Milliardär:innen wieder den Stand von vor der Pandemie erreicht hatte.¹ Die ärmsten Personen werden hingegen mehr als 10 Jahre brauchen, um sich von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu erholen.² Gleichzeitig haben zahlreiche Konzerne und Superreiche von der Krise profitiert, man denke nur an die Profite der Pharmaindustrie. Die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet.

Zweitens wurde überdeutlich, wie gross die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der Pflege- und Sorgearbeit und deren Anerkennung ist. Vor allem Frauen leisten nach wie vor einen grossen Teil der schlecht bezahlten oder unbezahlten Betreuungs- und Pflegearbeit, die einen unverzichtbaren Teil unserer Wirtschaft und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens darstellen.

Drittens erschwert die Machtkonzentration bei Grosskonzernen die Bewältigung der Krise. Das wird vor allem im Pharma- und Gesundheitsbereich augenfällig.

Auch wenn uns die Impfung eine Perspektive gibt, ist deshalb die Pandemie mit all ihren Folgen auf gesundheitlicher, sozialer und wirtschaftlicher Ebene noch lange nicht überwunden. Es braucht eine starke Antwort.

Und diese Antwort lautet: **Mehr soziale Sicherheit, mehr Service Public, mehr Solidarität!**

Wir weisen darauf hin, dass sich Antworten auf die Fragen zu den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sowie zur Finanzierung der Folgekosten und nötigen Investitionen in unserem Positionspapier «Wie die Schweiz solidarisch, feministisch und ökologisch aus der Krise hervorgehen kann» finden. Dieses wurde an der Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 beschlossen.

¹ Oxfam International, janvier 2021, Le virus des inégalités. Réunifier un monde déchiré par le coronavirus grâce à une économie équitable, durable et juste.

²<https://www.courrierinternational.com/article/fosse-le-covid-19-rend-les-riches-plus-riches-et-les-pauvres-plus-pauvres>

ANALYSE

1. Die Pandemie verschärft die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Ungleichheiten

Die Corona-Krise wirkt wie ein Brennglas auf die Ungleichheit in unserer Gesellschaft und hat diese massiv verstärkt. Dies gilt sowohl gesundheitlich wie auch sozial. Hunderttausende gerieten in existenzielle Nöte. Und das Risiko einer schweren Erkrankung ist bei armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Menschen sehr viel höher.

Diese Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie ist die Folge der bürgerlichen Ellbogengesellschaft, welche die Menschen mit ihren Problemen alleine lässt.

a. Die Verletzlichsten sind gesundheitlich am stärksten betroffen

In der Schweiz benötigten die 10% der ärmsten Personen doppelt so oft Intensivpflege im Spital wie die 10% der Reichsten, und die Todesfälle in Zusammenhang mit Corona sind bei den ärmsten Bevölkerungen zahlreicher. Diese Ungleichheiten zeigen sich auch, wenn die Daten nach Kriterien wie Alter oder Geschlecht aufgeschlüsselt werden.³

Die Daten bestätigen die Ergebnisse früherer Studien: Wirtschaftlich benachteiligte Personen mit einem tiefen Bildungsniveau, schwachen sozialen Ressourcen und fehlender oder schlechter Integration im Arbeitsmarkt haben im Durchschnitt einen weniger guten Gesundheitszustand, sie leiden am häufigsten unter chronischen Krankheiten.⁴

Diese Feststellungen sind nicht erstaunlich, denn auch wenn unser Gesundheitssystem für alle offen ist, so ist es doch nicht gratis. **Die Franchise und die Kostenbeteiligung** können die wirtschaftlich verletzlichsten Personen davon abhalten, Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen. Und die Belastung der Krankenkassenprämien verschärft die finanziellen Schwierigkeiten der Schweizer Haushalte.

Die gleichen Personen haben auch ein höheres Risiko, sich an **ihrem Arbeitsplatz** anzustecken. Denn sie sind in der Regel in prekären Beschäftigungen tätig, bei denen kein Homeoffice möglich ist. Dazu kommt **die Angst vor der Quarantäne oder dem Einkommens- bzw. Stellenverlust**, die gewisse Personen dazu verleitet, auf Tests zu verzichten.

Die **Wohnfläche und die Qualität der Unterkunft** spielen eine wichtige Rolle. Benachteiligte Personen leben im Allgemeinen in kleineren Wohnungen, wo es bei einer Corona-Infektion nicht möglich ist, sich unter guten Bedingungen zu isolieren.

³ <https://www.tdg.ch/pourquoi-les-pauvres-en-suisse-meurent-davantage-du-covid-680411082497> ; Universität Bern, Riou, Julien et al. "Socioeconomic Position and the Cascade from SARS-CoV-2 Testing to COVID-19 Mortality: Analysis of Nationwide Surveillance Data." OSF, 26. April 2021. Web.

⁴ B. Galobardes A. Morabia M. S. Bernstein, Statut socioéconomique : un facteur de risque indépendant, Rev Med 2000, volume 4 20817, <https://www.revmed.ch/RMS/2000/RMS-2316/20817> , https://www.who.int/social_determinants/the-commission/finalreport/key_concepts/fr/

Und schliesslich ist bei **Menschen ohne Aufenthaltsrecht (Sans-Papier) die Furcht vor einer Meldung bei den Behörden** so gross, dass sie auf Behandlungen verzichten. Auch der Zugang zur Impfung ist schwierig, weil viele keine Krankenversicherung haben.

b. Die verletzlichsten Personen sind am stärksten von Einkommensverlust betroffen

Gemäss KOF betreffen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise die ganze Gesellschaft. Doch einerseits sind **Haushalte mit tiefen Einkommen besonders** von der Corona-Pandemie betroffen, andererseits haben Haushalte mit hohem Einkommen die Krise relativ gut bewältigt.⁵

Praktisch von heute auf morgen befanden sich zahlreiche Personen in einer existenziellen Notlage; die Pandemie hat die Lücken unseres Systems deutlich aufgezeigt.

Selbstständigerwerbende waren aufgrund fehlender sozialer Absicherung hart getroffen. 37.7% der Selbstständigerwerbenden hatten 2019 ein Jahres-Bruttoeinkommen unter 39'000 Franken.⁶ Die Erwerb ersatzentschädigung war zwar unverzichtbar, um Konkurse zu verhindern. In vielen Fällen war sie aber aufgrund der eh schon knappen Einkommen derart tief, dass sie kaum ausreichte, geschweige denn die Fixkosten deckte.

Die Kurzarbeitsentschädigung ermöglicht es, dass Angestellte in den Unternehmen nicht entlassen wurden. Die Massnahmen des Bundesrates und des Parlaments – Verlängerung sowie Ausdehnung der Kurzarbeitsentschädigung auf Lernende oder Arbeitende auf Abruf, Entschädigung zu 100% bei Personen mit Einkommen unter 3470 Franken usw. – sind zwar wichtig. Doch diese Fortschritte sind nur mit grosser Mühe erreicht worden, und ein Teil dieser **Angestellten sind dennoch prekariert**. Denn gerade Arbeiterinnen und Arbeiter mit tiefem Einkommen sind am meisten von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen.⁷ Diese Personen haben in der Regel Stellen im Hotel- und Gastgewerbe, im Tourismus, in der Kulturbranche oder in der Dienstleistungsbranche inne. Gemäss der letzten, vom SGB übernommenen SRF/Sotomo-Umfrage verfügen heute Personen mit bescheidenem Einkommen nur noch über 78 % ihres Einkommens vor der Krise.

Gleichzeitig haben die Teil- oder Vollschiessungen gewisser wirtschaftlicher Tätigkeiten zu einem Anstieg **prekärer und nicht regulierter Anstellungen** besonders im Bereich der Plattform-Wirtschaft (Uber und Co) und der Heimlieferungen geführt. Diese neuen Temporärstellen schaffen den Status von Scheinselbstständigen mit keiner sozialen Sicherheit und zu tiefem Einkommen.

Gegenwärtig sind zudem Jungen und Ältere **stark von Arbeitslosigkeit betroffen**. Gemäss SGB wird der Übergang für die Jungen von der Ausbildung ins Berufsleben im aktuellen

⁵ KOF, Februar 2021

⁶ Studio sugli indipendenti S. 25-27

⁷ SGB, 20. April 2021, Daniel Lampart, Chefökonom und SGB-Sekretariatsleiter, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs und die Öffnung der Einkommensschere in der Corona-Krise

Kontext schwieriger. Ebenso besteht das Risiko, dass bei den über 50-Jährigen die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt.

Gemäss SKOS muss man für 2022 mit einer **Zunahme um 21,3 % der Sozialhilfebezüger:innen** und mit einer Erhöhung der Kosten um 821 Millionen Franken rechnen.⁸ Dass die Anzahl Gesuche im Jahr 2020 relativ stabil blieb – der höchste Wert wurde im Mai 2020 verzeichnet – ist darauf zurückzuführen, dass das Sozialversicherungssystem ausgeweitet wurde. Doch die strengeren Bedingungen für Sozialhilfebezug haben gewisse Personen davon abgehalten, Unterstützung zu beantragen. Dabei handelt es sich um Personen ohne Schweizer Pass, die auf Hilfsleistungen verzichten aus Angst davor, bei Sozialhilfebezug ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren. Zudem gibt es auch Schweizerinnen und Schweizer, die keine Sozialhilfe beziehen aus Furcht, aus der Schuldenfalle nicht mehr herauszukommen. Dazu kommen Menschen ohne Aufenthaltsrecht (Sans-Papiers, die oft illegalisiert arbeiten und kein Anrecht auf Sozialhilfeleistungen haben).

Daher ist es nicht erstaunlich, dass die **Hilfswerke ihre Dienstleistungen ausbauen mussten**. Die Unterstützungsgesuche sind geradezu explodiert (namentlich finanzielle Unterstützung, Verteilung von Lebensmitteln, Übernachtungsmöglichkeiten).

Kurz: Unser soziales Auffangnetz weist klaffende Lücken auf und überlässt zu viele Personen ihrem Schicksal.

c. Die psychische Verwundbarkeit

Faktoren für die Verwundbarkeit der psychischen Gesundheit sind individuell; sie hängen von der Angst vor dem Virus, der finanziellen Situation, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes und den Problemen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf während dem Shutdown ab.

Bei den psychisch besonders verletzlichen Gruppen handelt es sich entsprechend um Personen, die oft wirtschaftlich benachteiligt sind.

Isolation und psychische Notlagen waren im ersten Shutdown speziell **bei älteren Personen** ausgeprägt. Vorerkrankungen, mangelnde soziale Integration und Isolation sowie die Angst, bei einer Überlastung des Gesundheitssystems keine guten Behandlungen zu erhalten, trugen zur psychischen Belastung bei. Die Senior:innen litten besonders stark unter Isolation, sei das in Heimen oder zuhause; die Empfehlungen für «Social Distancing» und das Vermeiden, jüngere Generationen zu treffen, bewirkten schmerzhaft Brüche.

Besonders betroffen waren auch Familien und **Jugendliche**. In vielen Familien, in denen es bereits vorher Schwierigkeiten gab, haben sich diese aufgrund der Krise vergrössert. Fehlende Freizeit-Möglichkeiten für Jugendliche und auch Eltern haben die Situationen verschärft. Schulschliessungen im ersten Shutdown, fehlende Kontakte und die unsichere

⁸ Corona-Pandemie, Aktuelle Lage und zukünftige Herausforderungen für die Sozialhilfe, Überarbeitete Version Januar 2021, SKOS

berufliche Situation der Eltern sind Faktoren, die einen starken Einfluss auf die psychische Gesundheit der Jugendlichen und Familien hatten.⁹

d. Zunahme der Chancengleichheit

Fernunterricht, die nicht vorhandene Informatikausrüstung für alle Kinder, die fehlende Möglichkeit, dass ein Elternteil das Kind oder die Kinder unterstützen konnte, schlechte Internetverbindungen, Eltern, die mit den Aufgabenstellungen Schwierigkeiten hatten: All diese Herausforderungen haben die Chancengleichheit in der Bildung verstärkt und für betroffene Kinder das Risiko erhöht, dass sie schulisch abgehängt werden.

Auch wenn die Schulen mitgeholfen haben, alle Schülerinnen und Schüler mit der nötigen Informatikausrüstung auszustatten und die Lehrpersonen für den Fernunterricht pädagogisch zu schulen, reichte das nicht aus, um den sozialen Bruch zu verringern.

Nehmen wir noch einmal das Beispiel der Kleinwohnung: In beengten Wohnverhältnissen lässt sich schlecht lernen. Mussten sich die Kinder und die Eltern einen Arbeitsplatz teilen, war dies für das Lernen nicht förderlich.

e. Zunehmende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten sind für die Frauen stärker spürbar: 5% von ihnen haben ihre Arbeit verloren, bei den Männern sind es 3,9%. Viele Frauen sind in einer prekäreren Lage, weil sie in den Wirtschaftsbranchen übervertreten sind, die von der Gesundheitskrise und den einschränkenden Massnahmen am meisten betroffen waren.¹⁰

Bereits vor der Krise war die unbezahlte Arbeit ungleich verteilt. Die Umsetzung der Social-Distancing-Massnahmen, Homeoffice und Fernunterricht sowie die Schliessung der Infrastrukturen für externe Kinderbetreuung (namentlich im ersten Shutdown) haben die Belastung mit Care-Arbeit bei den Frauen überproportional gesteigert.

2. Care-Arbeit ist und bleibt unverzichtbar

Spätestens seit Ausbruch der Corona-Pandemie und den Shutdown-Massnahmen sollte allen klar sein: Zumindest vorübergehend können viele Leistungen unterbrochen werden, wenn es eine Ausnahme-Situation verlangt. Doch Pflegekräfte, Kinderbetreuer:innen, Reinigungskräfte, Bauarbeiter:innen, Lebensmittelproduzent:innen, das Verkaufspersonal, Pöster:innen und Menschen, die bezahlt oder unbezahlt Kinder, Kranke und Alte betreuen und pflegen, können ihre Arbeit nicht unterbrechen. Die geringe Anerkennung und Entlohnung dieser vielfach von Frauen geleisteten Arbeit steht in keinem Verhältnis zum gesellschaftlich unverzichtbaren Stellenwert.

⁹ idem

¹⁰ <https://fr.weforum.org/press/2021/03/l-egalite-femmes-hommes-recule-dune-generation-a-cause-de-la-pandemie-selon-une-nouvelle-etude/>

Die Geringschätzung von Pflege- und Betreuungsarbeit hat in der Krise auch dazu geführt, dass diese Leistungen vermehrt ins Private, und damit auf Frauen, abgeschoben wurden. In der Schweiz leisten die Frauen gemäss BFS-Daten von 2016 61,3% des unbezahlten Arbeitsvolumens¹¹. Diese unbezahlte Arbeit machte 2016 9,2 Milliarden Stunden pro Jahr aus, was einem geschätzten Wert von 408 Milliarden Franken entspricht!

a. Das Gesundheitspersonal gibt alles für die Gesundheit von uns allen

Das Gesundheitspersonal war bereits vor der Corona-Pandemie stark belastet. Die Krise hat wieder einmal aufgezeigt, was im Pflegebereich bereits vorher nicht funktionierte. Einer dieser Missstände ist die ungleiche Behandlung von Pflege- und Betreuungsleistungen: Während Pflegeleistungen durch das KVG abgedeckt werden, bleibt die Betreuung finanziell auf der Strecke.

Die Schweiz und die ganze Welt leiden heute unter einem Mangel an Pflegepersonal. Dieser könnte sich aufgrund der Belastung wegen der Pandemie noch verschärfen.

Anstatt deutlich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist zu befürchten, dass die Spitäler Abbaupläne erarbeiten, um ihre Defizite von 2020 auszugleichen. Konkret kann das ein Moratorium für Neuanstellungen, ein Nicht-Ersetzen von Abgängen und damit weitere Arbeitsverschlechterungen für das Pflegepersonal bedeuten.

Die Pandemie zeigt auch deutlich das unverantwortliche Verhalten der Schweiz gegenüber Pendler:innen und ausländischen Arbeitskräften in der Gesundheitsversorgung. Die Schweiz profitiert von ihrer Wirtschaftskraft, um Pflegepersonal aus Nachbarländern anzuziehen. Der Pflegenotstand wird exportiert.

Zudem sind unsere Spitäler dem Gewinndenken ausgeliefert. Das ist das Ergebnis der Kommerzialisierung im Gesundheitsbereich. Konkret: Die Pflegeplätze, namentlich in der Intensivpflege, rentieren sich nach Marktlogik nicht. Die Spitäler konzentrieren sich auf ambulante Leistungen und ausgewählte Operationen an Patient:innen, die über eine Zusatzversicherung verfügen. Denn dies ist wesentlich lukrativer. Auch das Personal ist der Marktlogik ausgesetzt: Das Just-in-Time-Management und das immer extremere Verhältnis Patient:innen zu Pflegepersonen verschlechtern die Arbeitsbedingungen und die Pflegequalität.

b. Die Bedeutung des Pflegenetzwerks und der Gesundheitsberufe

Ohne das Pflegepersonal in seiner Gesamtheit hätte das Schweizer Pflegesystem nicht funktionieren können. Neben den Spitälern gehören hier auch Infrastrukturen wie Pflegeheime, Spitex oder Hausärzt:innen dazu.

Dass die Schweiz eine Katastrophe wie jene in Norditalien verhindern konnte, war diesen Infrastrukturen zu verdanken. In der Schweiz hat es unser Pflegenetzwerk mit Hausärzt:innen und Spitex-Pflegekräften zum Beispiel ermöglicht, kranke Personen mit

¹¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.3882343.html> und <https://www.redcross.ch/de/ohne-betreuende-angehorige-ware-vieles-undenkbar>

medizinischer Überwachung zu Hause zu behalten und damit auch die Spitalressourcen möglichst optimal für die schwersten Fälle zu nutzen. Zu betonen ist jedoch, dass diese Infrastrukturen in der ersten Welle in den kantonalen Strategien vergessen gingen. So mussten die Pflegefachkräfte in den Heimen und der Spitex viel Aufwand erbringen, um die älteren Personen und gleichzeitig sich selbst zu schützen.

c. Kinderbetreuung und Unterstützung durch Angehörige

Als im März 2020 die Schulen auf Homeschooling umstellten und Kinderbetreuungsstätten nur in Notfällen geöffnet blieben, stellte das viele Eltern vor unlösbare Herausforderungen. Sie mussten gleichzeitig Kinder betreuen und ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Dazu kommt: Grosseltern fielen für die Betreuung ebenfalls aus.

Ein anderes Beispiel: Wenn von heute auf morgen die Tagesstrukturen für Menschen mit Beeinträchtigungen schliessen, so sind es die Angehörigen, in erster Linie Frauen, die sich um diese Personen kümmern.

Die Aufgaben der Kinderbetreuung und Erwachsenenpflege im Haushalt belaufen sich auf 1,5 Milliarden Stunden pro Jahr (16% des Gesamtvolumens an unbezahlter Arbeit).

Der geringe Stellenwert der Kinderbetreuung und der Kindertagesstätten zeigt sich auch darin, dass der Bund zu Beginn finanzielle Unterstützung verweigerte.

3. Die Macht der Konzerne erschwert es massiv, die Krise zu meistern

Solidarität im Alltag und in den Nachbarschaften, Kooperation und starke, verlässliche öffentliche Leistungen haben uns durch die vergangenen Monate getragen. Gleichzeitig erschwert es die Macht der Konzerne in verschiedenen Bereichen, die Krise im Sinne der Menschen zu meistern.

a. Die Pharmaindustrie maximiert ihre Profite auf Kosten der Gesundheit von uns allen

Es ist gewaltigem wissenschaftlichem Fortschritt und der Zusammenarbeit von Staaten, der öffentlichen Forschung und privatwirtschaftlichen Firmen zu verdanken, dass weniger als ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie mehrere Impfstoffe sowie Medikamente gegen Covid-19 zur Verfügung stehen.

Die schnelle weltweite Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe basiert auf jahrzehntelanger, staatlich finanzierter Grundlagenforschung. Zusätzlich dazu stellten Staaten im letzten Jahr Milliarden Franken für die Entwicklung, Produktion und Abnahme zur Verfügung.

Das hindert Pharmakonzerne nicht daran, **ihre Monopolmacht auszuspielen** und mit der **Jahrhundertpandemie das grosse Geld** zu machen: Moderna machte allein im ersten Quartal 2021 1,9 Milliarden Dollar Umsatz und 1,2 Milliarden Dollar Reingewinn. Das entspricht einem gigantischen Gewinnanteil von 65 Prozent – bezahlt durch die

Steuerzahler:innen der Staaten, die die Impfstoffe einkaufen. Zudem **missbrauchen die Pharmafirmen ihre Patente**. Grundsätzlich dienen Patente dazu, die Firmen für innovative Entwicklungen zu entschädigen; sie hindern andere daran, ihre Erfindungen herzustellen und zu vermarkten. Diese «Monopolstellung», diese Privatisierung des Wissens und der Ressourcen, ist problematisch, weil mit der Gesundheit und dem Leid von Milliarden von Menschen Profit gemacht wird. Es ist aber auch demokratiepolitisch inakzeptabel. Ein paar wenige Konzerne bestimmen massgeblich darüber, wie sich die Pandemie entwickelt und an welche Länder Impfstoffe zu welchem Preis verkauft werden.

Hinzu kommt: Die Pharmakonzerne bestimmen grösstenteils, für welche Krankheiten Medikamente entwickelt werden. Bisher wurde die Erforschung neuer Impfstoffe und neuer Antibiotika und deren Herstellung seit vielen Jahren von der Pharmaindustrie vernachlässigt. Die Pharmakonzerne hielten diese Marktsegmente für wenig rentabel.¹² So erfolgt die Finanzierung über öffentliche Gelder oder durch öffentliche Institutionen (Universitäten, Spitäler usw.), die Forschung betreiben, um diese Lücken der Pharmakonzerne zu füllen. Wenn jedoch die Forschungen zu Innovationen im medizinischen Bereich führen, verbleiben diese selten im öffentlichen Bereich, sondern werden zu Lasten der Bevölkerung vom Privatsektor an sich gerissen.

Dazu kommt die Problematik der Versorgung mit Medikamenten, Wirkstoffen und medizinischen Geräten, seit vielen Jahren ein häufig auftretendes Phänomen. Die ausserordentliche Lage mit dem Aufkommen von Corona hat diese Mängel weiter verschärft.

b. Arme Länder und ihre Bevölkerungen bleiben auf der Strecke

Spätestens seit den mutierten Viren ist klar: Wir sind erst sicher, wenn alle Menschen geschützt sind. Trotzdem findet ein regelrechter Impfnationalismus statt. In zahlreichen Ländern des globalen Südens kann wohl erst 2022 oder noch später geimpft werden.

Die Schweiz hat beispielsweise 32 Millionen Impfdosen bestellt, also doppelt so viel wie nötig, um die gesamte Bevölkerung impfen zu können. Auch wenn man die Diversifikationsstrategie des BAG verstehen kann, um einem Produktionsrückgang zuvorzukommen, hat die Schweiz gleichwohl eine grosse Verantwortung in diesem Bereich. Immerhin setzt sie sich im Rahmen des Covax-Programms für eine weltweite Verteilung des Impfstoffes ein und hat dazu mehrere hundert Millionen Franken zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig gehört die Schweiz jedoch zu diesem sehr kleinen Kreis von Ländern, die sich weigern, die Patente für medizinische Produkte vorübergehend auszusetzen, die im Kampf gegen Corona benötigt werden. Damit schützt die Schweiz die Interessen ihrer Pharmaindustrie auf Kosten der Gesundheit der Menschen.

c. Die digitale Wirtschaft und ihre Profite auf dem Buckel der Arbeiter:innen

Nach der Schliessung verschiedener Wirtschaftsbranchen wurden gewisse Wirtschaftstätigkeiten in die digitale Welt verlagert. Das war namentlich beim Online-Detailhandel der Fall. Dieser nahm 2020 in der Schweiz um 27.2% zu. Das entspricht einer Erhöhung von 2,8 Milliarden¹³.

Das Problem bei Firmen im Online-Handel ist, dass sie die Arbeiter:innen ihres Logistikzentrums ausbeuten. Nur so können sie den Schweizer Konsument:innen Preise anbieten, die die Konkurrenz vor grosse Probleme stellen. Ihre Angestellten führen wenig regulierte, temporäre Arbeiten mit Stundenlöhnen und keinerlei Rechten aus.

Die Prekarisierung der Arbeitsplätze und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind kein Phänomen, das durch die Pandemie erzeugt wurde. Mittlerweile gibt es rechtskräftige Urteile, welche Scheinselbstständige von Firmen der Plattform-Wirtschaft als Angestellte einstufen. Viele Kantone setzen diese Urteile aber nicht um.

d. Immobilienkonzerne als grosse Krisengewinner

Auch die Immobilienbranche gehört zu den grossen Gewinnern der Krise. Sie weigerten sich standhaft auf einen Teil der Mieteinnahmen während den Phasen der Schliessungen zu verzichten. Gerade einmal 2% Jahresmieteinnahmen hätte sie weniger eingenommen bei einem Teilmietlerlass von 60%. Das heisst, ihre Kosten wären voll gedeckt gewesen, sie hätten bloss auf einen verschwindend kleinen Teil ihrer ohnehin schon unverschämt hohen Rendite verzichten müssen. Nun zahlen die Steuerzahlenden mit ihren Einkommenssteuern via Härtefallgelder die Renditen der Immobilien-Eigentümer – bei Geschäftsmieten sind das oft börsenkotierte Konzerne.

¹³ Handelsverband.Swiss, Facts zur Schweiz, 2020 (<https://handelsverband.swiss/facts/facts-zur-schweiz/>)

UNSERE ANTWORTEN

Die Corona-Krise ist nicht zu Ende, wahrscheinlich noch länger nicht. Die **politischen Weichen für die Schweiz und die Welt nach Corona werden jedoch jetzt gestellt. Umso entscheidender ist es, welche Antworten wir als SP haben. Und die lauten: Mehr soziale Sicherheit, mehr Service Public, mehr Solidarität.**

1. Mehr soziale Sicherheit

Der Bundesrat hat zu Beginn der Krise verkündet: «Niemand wird im Stich gelassen.» Dieses Versprechen muss immer und überall Realität werden. Dafür steht die SP. Wir wollen nicht in einer Ellenbogen-Gesellschaft leben. Sondern in einer Gesellschaft, in der wir einander Sorge tragen und in der niemand alleine gelassen wird.

Deshalb fordert die SP Schweiz namentlich:

1. Die Einführung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung

Eine allgemeine Erwerbsversicherung deckt unfreiwillige Erwerbsausfälle, unabhängig vom Grund des Erwerbsausfalls. Als einheitliche Versicherung für die ganze Erwerbszeit verhindert sie, dass Menschen von der einen Kasse zur nächsten abgeschoben werden. Und sie schliesst bestehende Lücken, insbesondere für Selbstständigerwerbende, Scheinselbstständige, prekär Beschäftigte und Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien. Ebenso hilft sie den Personen wirklich, sich auf dem Arbeitsmarkt wieder einzugliedern, namentlich mit der Schaffung von Weiterbildungs-Fonds, um Betroffene dabei zu unterstützen, die entsprechende Qualifikation zu erwerben oder sich umschulen zu lassen. Die allgemeine Erwerbsversicherung soll drei Leistungen vorsehen: Taggelder, Renten und Existenzsicherung für alle. Sie orientieren sich am letztversicherten Lohn, sind analog der Arbeitslosenversicherung nach oben begrenzt und entsprechen mindestens der Höhe der Ergänzungsleistungen.

Bis zur Einführung braucht es unkomplizierte und rasche Verbesserungen beim Zugang zu Sozialversicherungsleistungen für prekär Beschäftigte und Selbstständige. Wie wichtig diese sind, haben die letzten Monate gezeigt. Die Arbeitslosenversicherung und insbesondere die von ihr gedeckte Kurzarbeitsentschädigung haben zahlreiche Arbeitsplätze gesichert. Wir streben weitere Verbesserungen im Interesse von allen an.

2. Dringende Verbesserungen bei der Sozialhilfe, solange die allgemeine Erwerbsversicherung nicht eingeführt ist

Die heutige Sozialhilfe ist zu tief und schliesst zu viele Menschen aus. Dies kann zu Verarmung führen. Wir wollen endlich raus aus der Erniedrigungsspirale. Dafür

braucht es eine Harmonisierung respektive eine nationale Sozialhilfegesetzgebung und höhere Ansätze. Hindernisse, die den Zugang zur Sozialhilfe verunmöglichen, sind aus dem Weg zu räumen. Die wirtschaftliche Sozialhilfe soll nicht nur das Überleben sichern, sondern allen eine Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen. Sie soll deshalb 60% des nationalen Medianlohnes betragen. Sie muss zudem zugänglich sein für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Niemandem soll die Aufenthaltsbewilligung aufgrund von Sozialhilfebezug entzogen werden können. Armut ist kein Verbrechen und keine Schande!

3. Öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien

Nicht das Portemonnaie soll darüber entscheiden, wer welche Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen kann. Deshalb braucht es eine öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien. Und in einem ersten Schritt wollen wir mit der Prämienentlastungs-Initiative die privaten Haushalte entlasten. Sie fordert, dass ein Haushalt maximal 10% des Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden muss.

4. Gegen die Uberisierung - Kampf um gute Arbeitsbedingungen

Wir fordern eine nationale Agenda für gute Arbeit und damit verbunden einen Ausbau der flankierenden Massnahmen. Konkret sind heute nur 50% der Schweizer Lohnabhängigen in einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit Mindestlöhnen. Es braucht endlich einen nationalen Mindestlohn und eine bessere Abdeckung von 90% mit GAV. Wir fordern eine schnellere Allgemeinverbindlichkeit von GAV (tiefere Arbeitgeberquoten), einen Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Betrieben, eine Beschränkung und soziale Absicherung von Arbeit auf Abruf und einen besseren Kündigungsschutz für 50+. Zudem braucht es ein Ende der Scheinselbstständigkeit. Der Bund muss gemeinsam mit den Kantonen dafür sorgen, dass sich auch Anbieter der sogenannten Plattform-Ökonomie an geltendes Arbeitsrecht halten müssen. Nur so sichern wir die Scheinselbstständigen sozial gerecht ab.

2. Mehr Service Public - die Logik der Profitmaximierung durchbrechen

Wie wären wir ohne Service Public durch die Krise gekommen? Heute ist es offensichtlich: Der Service Public hat in der Krise eine tragende, stabilisierende Rolle gespielt. Er war fähig, in der Notlage zu reagieren und das öffentliche Interesse zu schützen; er konnte in Rekordzeit auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren und insbesondere dank dem Druck der SP wirtschaftliche Abfederungsmassnahmen auf die Beine stellen und gleichzeitig die wesentlichen Infrastrukturen und Leistungen aufrechterhalten.

Dies war auch möglich, weil die Profitfrage und die Finanzierung in einer ersten Phase nicht das einzige gewichtige Kriterium waren. So konnte der Staat bedeutende Ausgaben tätigen, um die Bedürfnisse zu decken.

Zusammengefasst: Wir müssen wegkommen von der Logik «die Profite zuerst» und hin zu «die Menschen zuerst». Statt «Gewinne privat, soziale Folgekosten dem Staat», brauchen wir eine solidarische Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen. Ein Ausbau des Service public ist vordringlich.

Deshalb fordert die SP Schweiz namentlich:

1. Kein Profit mit unserer Gesundheit - Ausbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung

Mehr denn je muss die Gesundheits-Infrastruktur in öffentlicher Hand liegen. Denn die gewinnorientierte Führung unserer Infrastrukturen verhindert, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung an oberster Stelle stehen.

Ziel muss sein, eine Grundversorgung im ganzen Land und mit Zugang für alle zu erhalten und auszubauen. Es braucht eine bessere Kontrolle, wohin die öffentlichen Gelder fliessen. Sie sind dort zu investieren, wo anständige Arbeitsbedingungen und Löhne durch kantonale Personalgesetze oder Gesamtarbeitsverträge für das Pflegepersonal garantiert sind. Ausserdem geht es darum, grundsätzlich über die Finanzierung der Pflege und der öffentlichen Spitäler zu diskutieren. Dazu braucht es Änderungen der entsprechenden Gesetze und eine Änderung der an einer Marktlogik ausgerichteten Einzelleistungsverrechnung.

Wir werden uns gegen jegliche Privatisierungsversuche im Gesundheits- und Sozialbereich wehren und uns für eine Verstaatlichung und ausreichende Finanzierung von Pflege- und Betreuungsleistungen einsetzen. Insbesondere setzt sich die SP ein für die Erarbeitung eines bundesweiten Rahmengesetzes, welches die Langzeitpflege und Betreuung im Alter umfassend und gesamtschweizerisch regelt.

2. Gute Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege

Neben der Unterstützung der Initiative «Für eine starke Pflege» sollen alle Gesundheitsberufe aufgewertet werden, namentlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen mit Gesamtarbeitsverträgen in den Regionen. Ebenso muss das Verhältnis «Patient:innen zu Pflegepersonen» verbessert werden, damit die Angestellten mehr Zeit für die sorgfältige Ausübung ihrer Aufgaben haben. Aus einer Marktlogik herauszukommen, bedeutet auch einen Effort in der Personalplanung zu leisten, damit die Angestellten mit einer gewissen Vorhersehbarkeit ihrer Arbeitsstunden rechnen können. Es darf weder Stellenstopps noch Sparprogramme auf dem Buckel des Pflegepersonals geben. Ganz im Gegenteil!

Und schliesslich muss die Schweiz massiv Ausbildungsplätze für alle Gesundheitsberufe schaffen und den Zugang zu den Gesundheitsberufen erleichtern, um den Personalmangel zu bekämpfen.

3. Familienergänzende Kinderbetreuung als Service Public mit Zugang für alle Familien

Unser aktuelles Wirtschaftssystem funktioniert ohne familienergänzende Kinderbetreuung nicht. Doch in nahezu keinem Land müssen die Eltern so viel dafür bezahlen wie in der Schweiz. Es braucht einen Paradigma-Wechsel: Familienergänzende Kinderbetreuung muss Teil der öffentlichen Grundversorgung werden und damit solidarisch über Steuern finanziert werden. Im Gleichschritt sollen so auch die Arbeitsbedingungen endlich verbessert und die unverzichtbare Arbeit angemessen entlohnt werden.

4. Wertschätzung und Umverteilung der unbezahlten Care-Arbeit

Die SP setzt sich dafür ein, dass die lebenswichtige Care-Arbeit, die immer noch mehrheitlich von Frauen geleistet wird, mehr Wertschätzung erfährt. Care-Arbeit ist das Auffangnetz, das uns durch die Krise getragen hat. Neben dem Ausbau der familienergänzenden Betreuung machen wir uns deshalb für eine Elternzeit stark und setzen uns dafür ein, dass die unbezahlte Care-Arbeit in der Altersvorsorge und den Sozialversicherungen berücksichtigt wird. Die SP setzt sich für eine Umverteilung der Lohnprozente von der beruflichen Vorsorge in die solidarisch finanzierte AHV ein.

Mit Gender Budgeting auf allen Staatsebenen tragen wir dazu bei, dass bekannt wird, wieviel öffentliche Gelder in die Care-Arbeit investiert werden und wie sich die Verteilung des Staatshaushalts unterschiedlich auf Frauen und Männer und die Geschlechterrollen auswirkt.

5. Stärkung der psychosozialen Dienste

Die Krise hat gezeigt, dass die Aufnahmestrukturen für Jugendliche in Schwierigkeiten ebenso fehlen wie das Personal, um diese pädagogisch-unterstützenden Aufgaben wahrzunehmen. So konnten zahlreiche Familien die benötigte Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Diese fehlende Infrastruktur zeigt sich auch bei der Betreuung von Betroffenen von häuslicher Gewalt. Das Angebot muss dringend ausgebaut werden mit zusätzlichen Frauenhäusern und Opferberatungsstellen, die von der öffentlichen Hand ausreichend finanziert werden. Ebenso ist es nötig, in Schulen zu investieren,

um die Stellung der Schulgesundheitsfachpersonen zu stärken, welche Notlagen bei Kindern und Jugendlichen aufspüren können.

6. Reduktion der Erwerbszeit

Die SP macht sich für eine Reduktion der Arbeitswoche auf 35 Stunden stark. Die Reduktion der Arbeitszeit würde eine tatsächliche Entlastung für all jene bedeuten, die unbezahlte Care-Arbeit zusätzlich zur bezahlten Erwerbstätigkeit ausüben bzw. in sehr anspruchsvollen Berufen der bezahlten Care-Arbeit tätig sind. Bereits heute arbeiten beispielsweise viele Pflegefachpersonen Teilzeit, weil ansonsten die Belastung schlicht zu hoch wäre. Der Preis ist aber auch hier wieder eine Einbusse beim Gehalt und der Altersvorsorge.

3. Mehr Solidarität: Die Macht der Konzerne brechen

Die Corona-Krise hat einmal mehr deutlich gemacht: Wir leben alle zusammen auf dieser einen Welt. Kooperation und Solidarität bringen uns weiter – nicht Konkurrenz und Machtkonzentration bei ein paar wenigen. Diese Macht der Konzerne müssen wir brechen.

Deshalb fordert die SP Schweiz:

1. Pharma für die Menschen – Zeit für eine staatliche Pharmaproduktion

Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel im Bereich der Produktion und Entwicklung von gemeinnützigen Produkten wie Impfstoffen und Medikamenten. In der Covid-Krise wurde eine langjährige Forderung der SP endlich mehrheitsfähig: die Förderung einer staatlichen Pharmaproduktion. Wir müssen weg vom Gängelband von multinationalen Pharmakonzernen, die horrenden Gewinne mit der Gesundheit von uns allen machen. Dafür muss sich die Schweiz – auch im Verbund mit der EU – unabhängig machen und selber Medikamente und Impfstoffe der Grundversorgung erforschen, entwickeln und herstellen. Diese sollen den Menschen weltweit zugute kommen.

Es braucht eine «Demokratisierung des Wissens». Das mit dem Patentrecht verdiente Geld wird nie an jene Personen verteilt, welche die Forschungen betreiben oder die Technologien entwickelt haben, sondern nur an die Inhaber:innen des Kapitals, welche Börsentitel oder Firmenaktien besitzen. Es handelt sich also um eine sinnlose Verschwendung von Ressourcen, die zudem inakzeptable Hürden für die Entwicklung und Herstellung von zentralen Gütern schaffen. Man muss nicht nur diese Logik der Machtkonzentration des Wissens durchbrechen, sondern auch in eine allgemeine Verbreitung der Kenntnisse und Produktionstechniken möglichst rasch nach deren

Entdeckungen investieren. Patente sind dafür nur hinderlich. Bei einer öffentlichen Finanzierung der Entwicklung spricht nichts dagegen, dass private Firmen in der Herstellung tätig sind und dass die wirklich zur Wissensentwicklung beitragenden Personen wie heute entlohnt werden. Mit den gleichen Mitteln, die von den öffentlichen Diensten ausgegeben wurden, wäre es möglich gewesen, schneller zahlreiche Produktionsstätten für die besten Impfstoffe zu schaffen, die Technologien zu übertragen und unsere Forschungskapazitäten in der ganzen Welt zu verbessern. Um einigen Pharmakonzernen Milliardengewinne zu verschaffen, hat die Schweiz und Weltgemeinschaft aber darauf verzichtet. Das ist eine moralische Bankrotterklärung, die sich mehr am Profit als an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Wir brauchen eine Offensive für eine Pharmaindustrie, die sich an den realen Bedrohungen statt an Gewinnaussichten ausrichtet.

2. Förderung der geschlechtergerechten Medizin

Die Coronapandemie hat gezeigt: während Frauen* zwar die Mehrheit der Pflegearbeit erbrachten, ist weder die Forschung noch die Lehre in diesem Sektor auf sie ausgerichtet. Die Förderung der Geschlechtermedizin, um die schwerwiegende Ungleichbehandlung in der medizinischen Forschung und Lehre zu beheben, ist dringend. Die SP positioniert sich als führende politische Kraft und stösst damit nicht nur als erste Partei überhaupt dieses Thema an, sondern setzt sich insbesondere für den Aufbau des ersten Forschungsinstituts für Geschlechtermedizin in der Schweiz ein.

3. Institutionelle und finanzielle Stärkung der WHO und ihrer Unabhängigkeit

Die Entscheidungs- und Finanzunabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation WHO muss gewährleistet sein, damit diese internationale Institution im Interesse der weltweiten öffentlichen Gesundheit handeln kann. Heute verunmöglichen ihr die Leitungsmodalitäten und die wirtschaftliche Abhängigkeit von gewissen grossen privaten und staatlichen Spendern, eine starke Strategie im Interesse der öffentlichen Gesundheit umzusetzen. Ebenso müsste die WHO bei verschiedenen Staaten aktiv werden, um sie beim (Wieder-)Aufbau ihres Gesundheitssystems zu unterstützen. Auch die Schweiz müsste sich aktiv an einer solchen Initiative beteiligen. So soll sich die Einsetzung einer internationalen Konferenz zu den Herausforderungen des Gesundheitswesens nach der Corona-Krise mitfinanzieren.

4. Krisengewinner zur Kasse bitten: Höhere Steuern auf Profite!

Die Krise hat uns alle gefordert. Doch es gibt auch diejenigen, die massivst profitiert haben. Nebst der Pharmabranche mit ihren gigantischen Gewinnanteilen sind das namentlich die Digitalisierungs-Konzerne (GAFAM) und die Immobilienkonzerne. Dank der Verschiebung in den digitalen Raum konnten Konzerne wie Google oder Amazon ihre Profite nochmals steigern. Und zahlreiche Immobilienkonzerne weigern sich bis heute, auf einen Teil der Gewerbemieten zu verzichten. Mit einer höheren Gewinnsteuer sollen sie endlich ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist auch die 99%-Initiative, die im September zur Abstimmung kommt.

Schluss

Die Corona-Krise hat uns als Gesellschaft mit einer unerwarteten Wucht getroffen. Diese Erfahrung wird sich tief in unsere individuelle und vor allem auch kollektive Erinnerung einbrennen.

Doch die Krise hat uns auch in unseren Überzeugungen gestärkt: Unsere Gesellschaft wird stärker, wenn wir auf Kooperation, soziale Sicherheit, Service Public und Solidarität setzen. Hier und anderswo. Dafür wird die SP weiter kämpfen.